

## Etatrede der CDU-Fraktion zum Haushalt 2017

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

Sehr geehrte Frau Kulturdezernentin,

Sehr geehrter Herr Baudezernent,

Kolleginnen und Kollegen,

Meine Damen und Herren,

Wir haben hier und heute über den Haushalt 2017 zu entscheiden und damit über die Ausrichtung der Stadt Koblenz im kommenden Jahr.

Vorausgegangen sind intensive Beratungen innerhalb der Fraktion und auch in den Gremien.

Wir haben heute das Ergebnis zu bewerten und darüber zu entscheiden.

„Wir sind auf einem guten Weg“, so Herr OB, ihre Worte bei der Einbringung des Haushaltes....dem können wir so zustimmen...und das uneingeschränkt.....

Das ist auch ein Verdienst einer guten Verwaltung mit Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, denen wir gleich zu Anfang für das geleistete danken wollen.

Herr OB, Sie haben mit Recht die Disziplin und die überwiegende Einigkeit zwischen Rat und Verwaltung in der Ausrichtung unserer Haushaltspolitik herausgestellt, die in der Vergangenheit allen Beteiligten viel abverlangt hat und auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt auf eine harte Probe gestellt hat.

Es hat sich gelohnt....bisher

Während sich die Beratungen zu diesem Haushalt weniger im Schwerpunkt mit Einzelmaßnahmen befasst haben, war es die Gesamtheit des Zahlenwerkes und deren Auswirkungen, die eine Betrachtung geradezu herausfordern, unter welchen Parametern dieser Haushalt fremdbestimmt wird.

Bei meinen Ausführungen möchte ich bewusst den Schwerpunkt auf einige signifikante Dinge legen die uns vor Augen führen, wer und wie hier die Stadt Koblenz von äußeren Einflüssen bestimmt wird.

Die Einbringung des ersten Entwurfes Herr OB hat in den Beratungen dazu geführt, dass wir uns zunächst über Grundsätzliches in der Betrachtung des Konzerns Stadt Koblenz entsprechende Gedanken machen mussten.

Das von Ihnen zurecht herausgestellte Ergebnis in 2015, was nach Berichtigung der Wertsteigerung unserer Töchter zu einem positiven Ergebnis geführt hat war für uns Anlass genug, diese Planung nicht als solches, aber der Höhe nach in Frage zu stellen. Mit Erfolg.....

Unsere Beharrlichkeit in der Sache hat dazu geführt, dass das Zahlenwerk nunmehr einer seriösen Planung entspricht, ohne das Gebot der vorsichtigen Schätzung zu vernachlässigen.

Aus einem von Ihnen prognostizierten negativen Jahresergebnis wurde ein positives in Millionenhöhe...aus eigener Kraft...

Verbunden mit dem Dank an die Kämmerei, die in Absprache mit der ADD diese Korrektur eingearbeitet hat, haben diese Voraussetzungen entscheidende Auswirkungen auf das, was im Hh-plan sich wiederfindet.

Von allen kreisfreien Städten in unserem Land, haben wir die mit Abstand besten Werte vorzuweisen...leider nur innerhalb der Familie, der notleidenden Kommunen in RLP...

Meine D + H.....

Immer wieder werden Jahr für Jahr dieselben Dekrete von Seiten der ADD, Rechnungshof und Innenministerium in die Kommunen gestreut, um gebetsmühlenartig Steuererhöhungen einzufordern, Sparmaßnahmen zu ergreifen etc...

Herr OB, in den öffentlichen Beratungen des HuFa haben Sie im Hinblick auf die in Rede stehenden Hebesatzerhöhungen die Ansicht von Frau Finanzministerin Ahnen kundgetan, sie sehe keine Veranlassung am kommunalen Finanzausgleich etwas zu verändern, solange die Kommunen nicht selbst alle Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen werden. Seit dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes RLP finden wir es schon mutig, auf der einen Seite 50 Mio. Euro Nachbesserung als ausreichend anzusehen, angesichts eines Bedarfes von 900 Mio. Euro, sofern man auf die Expertise der kommunalen Spitzenverbände vertrauen darf.

Herr OB, Sie haben unseren Anstoß zur Wertberichtigung wohlwollend kommentiert, aber darauf hingewiesen, dass diese Maßnahme letztlich nur eine bilanzielle Darstellung ist und nicht kassenwirksam.

Wir möchten das gerne zum Anlass nehmen, um unsere KASSENWIRKSAMEN Einnahmepotentiale einmal an einigen Beispielen

darzustellen und gleichzeitig auch einen Überblick geben, wie hier mit Kommunen, hier mit der Stadt Koblenz verfahren wird.

### Hilfe für Asylbewerber

Um hier nochmals mit Nachdruck bereits zu Beginn zu sagen, wir reden hier über zusätzliche Kosten und nicht von „anstatt“ ...

Die von der Stadt Koblenz und damit von der Verwaltung erbrachten Leistungen sind in keinem Fall zu Lasten von anderen Maßnahmen erfolgt.

Sie haben in Ihrer Einbringungsrede im Hinblick auf die Finanzausstattung der Kommunen dem Bund unterstellt, er habe seine schwarze Null auf Kosten der Kommunen aufgebaut...

Herr OB, das der Bund im Hinblick auf die Finanzausstattung nachbessern muss und das erheblich steht außer Frage....

...entscheidend ist aber, was kommt bei den Kommunen an....

Unser System lässt eine direkte Beziehung zwischen Bund und Kommunen nicht zu, weshalb die Länder immer dazwischengeschaltet werden.

In einer ersten Maßnahme hat der Bund eine Milliardenhilfe aufgelegt, um hier den Kommunen mit einer Pauschale von 670,00 Euro/ pro Kopf zu helfen. Bis dato haben wir vom Land 513,00 Euro/pro Kopf erhalten. In der Kumulierung beider Beträge hätten die Kommunen halbwegs die Chance gehabt, in den Bereich einer Kostendeckung zu kommen. Dies wären 1.183,00 Euro/pro Kopf gewesen.

Was ist passiert? ...

Aus 1.183,00 Euro wurden 848,00 Euro/pro Kopf.....es bleibt jedem selbst überlassen darüber zu philosophieren, ob nun die Mittel des Bundes gekürzt wurden oder der Landeszuschuss....Fakt ist....

Anhand der Zahlen der Stadt Koblenz hat sich das Land 4,1 Mio. Euro Hilfe einverleibt oder nicht gezahlt, die uns zugestanden hätten.....im Übrigen durch einfachen Dreisatz auszurechnen....ungeachtet der Personalkosten, die die Stadt alleine zu tragen hat...

Eine weitere Million kommt hinzu, wenn man sich die Erstattung bei den Krankheitskosten ansieht.....Kosten von über 1 Mio. Euro...stehen Erstattungen von 150.000 Euro entgegen...dank einer Regelung, die eine Erstattung von 85% durch das Land vorsieht, sofern die Kosten bei stationärem Aufenthalt über 35.000,00 Euro im Jahr liegen und bei den ambulanten Kosten über 7.500,00 Euro im Jahr. Alles andere liegt in der Hand der Stadt.

Herr OB...Sie haben Recht, wenn Sie sagen...Nicht die Leistungen werden in Frage gestellt, aber die Ausfinanzierung durch Bund und Land...

In diesem Zusammenhang ist es schon enttäuschend, wenn die Regierung unseres Landes sich für einen Schuldenabbau feiern lässt und sich diesen Abbau von den Kommunen bezahlen lässt...Koblenz hat hier mit über 5 Mio. Euro dazu beigetragen...nur aus diesem Bereich.... Und die Ankündigung, diese Konsolidierungspolitik weiter zu betreiben, dieser Ankündigung lässt man Taten folgen....

Herr OB, M d + H...

Das ist keinesfalls Polemik, sondern macht deutlich, um wieviel besser wir dastehen könnten, wenn wir unsere EINNAHMEPOTENTIALE auch bekommen würden...

Und die Zukunft verheißt auch in dieser Hinsicht nichts Gutes...

Wiederum war es die CDU-Fraktion, die aufgrund einer Ankündigung in der Presse von unserer Landtagsabgeordneten, Frau Dr. Köbberling, den avisierten Betrag von 2,65 Mio. Euro für 2016 hinterfragte. Dies sei ein Betrag, der aus Bundesmitteln für die Unterbringung und Integration stammen würde...und hier wird es dann richtig spannend...

Der Bund hat den Ländern für 2016 – 2018 jährlich 2 Mrd. Euro an Integrationspauschale zugesagt, verteilt über die Umsatzsteueranteile....

Für RLP bedeutet dies.....jährlich 96 Mio. Euro....

Dies wären nachdem Verteilerschlüssel für Koblenz....jährlich 1,81 Mio. Euro...

Nunmehr wurde eiligst ein Landesgesetz erlassen, um noch in 2016 an die Kommunen zahlen zu können.....Schön, wenn man hier

Planungssicherheit hat, um jährlich mit zus. 1,81 Mio. Euro zu rechnen...denkste.....

In 2016 werden 1,81 Mio. Euro gezahlt...für 2017 und das Folgejahr ein max. Abschlag von 848.000,00 Euro....sofern noch entsprechende Mittel vorhanden sein werden....so der Wortlaut des Gesetzes....

Wir werden aus diesen Mitteln wieder einen Konsolidierungsbeitrag an das Land leisten...jährlich ca. 1 Mio. Euro...ansonsten wäre bei einer ernstgemeinten Weitergabe der vollen Mittel der Wortlaut „...sofern Mittel im Haushalt noch vorhanden sind, obsolet“!

Und damit nicht genug....NEIN, bei der vom Bund beschlossenen Milliardenhilfe für die Kommunen in Höhe von 5 Milliarden Euro wird es dann noch offensichtlicher...

In der ersten Gesetzesvorlage hat der Bund vorgeschlagen, dass der volle Betrag über die Umsatzsteueranteile der Kommunen diesen direkt

zukommen soll. DENKSTE.....im Bundesrat haben die Länder dann durchgesetzt, dass 1 Mrd. über die Länder fließen soll...und was macht RLP.....Es wird eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes beschlossen, in dem die Summe aus der 1 Mrd., nämlich 48 Mio., vom Land vereinnahmt werden, und von diesem Betrag die Kommunen lediglich 10,08 Mio. erhalten sollen über den Verbundsatz von 21%. Für Koblenz heißt das....910.000 Euro stehen uns zu...erhalten werden wir 190.000 Euro....auch so kann man einen Landeshaushalt konsolidieren....

Herr OB, m D + H...so geht man nicht mit Kommunen um!

Wir stehen an Ihrer Seite Herr OB, wie Sie es in Ihrer Haushaltsrede angekündigt haben.

***„Ob die in Rede stehende Novellierung des Länderfinanzausgleichs oder die Ankündigung weiterer Bundesmittel zur Bewältigung der Flüchtlingskrise die Städte und Gemeinden auch tatsächlich erreichen und zu einer nachhaltigen Sanierung der Finanzen führen, werden wir beobachten und uns im Zweifel auch an rechtlichen Schritten beteiligen, wenn das aussichtsreich erscheint“***

Ungeachtet der Frage, ob der BUND genug tut, was er nicht tut, steht rein rechtlich unumstößlich fest:

**„.....Die Aufgaben der Kommunen im Sozialbereich ergeben sich größtenteils aus staatlicher Zuweisung....der wesentliche Teil der Soziallasten ist aber durch gesetzliche Bestimmungen und die örtlichen Strukturen unausweichlich vorgegeben...**

**Dem kann das Land mit Erfolg nicht entgegenhalten, die Aufgaben im Bereich der sozialen Sicherung folgten ganz überwiegend nicht aus Landes-, sondern auch Bundesgesetzen. Denn das Land hat den Gemeinden nach Art. 49 Abs. 6 Satz 1 der LV die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Mittel umfassend, also auch in Bezug auf bundesgesetzlichen Aufgabenzuweisungen zu**

**sichern...“** soweit der Verfassungsgerichtshof RLP in seinem Urteil zum kommunalen Finanzausgleich.

Dazu kommen noch jedes Jahr horrenden Beträge, die uns das Land aufgrund zustehender Erstattungen oder zugesagten Zuwendungen schuldet...Ende November noch über 5,3 Mio. Euro

Wir reden hier uneingeschränkt über Gelder, die uns zustehen und kein zusätzliches Geld bedeuten. In Summe für 2016 4,2 Mio. Kopfpauschale, 1 Mio. Krankheitskostenerstattung + 5, 3 Mio. an Forderungen aus 2016 mit der Option, dass hier bis Jahresende einiges noch rein kommt.

Die avisierten 2,65 Mio. werden unser Ergebnis für 2016 dann noch freundlicher gestalten...

In die Zukunft blickend werden wir, wie bereits ausgeführt bis 2018 aus den Integrationsmilliarden des Bundes für 2017 und 2018 statt ca. 3,6 Mio. Euro nur 1,7 Mio. Euro erhalten, sofern das Geld vorhanden ist, wie im Gesetz beschrieben. Wenn man dann noch aus der Entlastungsmilliarde des Bundes den Anteil von RLP von 48 Mio. Euro einbezieht, so werden wir hiervon lediglich über den Verbundsatz 10,08 Mio. als Kommunen erhalten oder für Koblenz gerechnet, statt 908.000 Euro bekommen wir 190.000 Euro.

Mit diesen Quoten hat Koblenz einen erheblichen Anteil an der Entschuldungspolitik des Landes geleistet...in 2017 insgesamt mehr als 1,4 Mio. Euro! ...wo wir jetzt schon wissen, Sie gehören uns, aber wir bekommen Sie nicht! Nicht eingerechnet die 5,2 Mio. Euro aus der Kopfpauschale und Krankheitskostenerstattung, die uns auch in 2017 nicht zugestanden werden.

Im KiTa-Ausbau wäre die Situation kaum anders, wenn nicht die freien Träger hier in der Bewältigung der Aufgaben mit eingebunden wären.

Wir haben dies immer unterstützt. Im Hinblick auf evt. Diskussionen über Art und Umfang dieses Engagements wollen wir treffend bemerken: Wenn dieses Engagement der freien Träger nicht wäre, dann müssten wir auch diese Aufgabe alleine schultern.

M D + H,

***„Die soziale Aufgabe und gesamtgesellschaftliche Herausforderung wurde nicht auf der Ebene gelöst, auf der sie formuliert wurde, sondern dort, wo die Kompetenz besteht, viele gesellschaftliche Kräfte zusammenzuführen und Probleme zu lösen....bei den Städten und Gemeinden“ so der Präsident des RLP Städtetages und OB von Pirmasens, Dr. Bernhard Mattheis.***

Diese Feststellung ist nicht nur folgerichtig, sondern umschreibt das Desaster in Form einer chronischen Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden. Dabei greift er die Argumentation der ADD in Sachen Einnahmesituation basierend auf statistische Erhebungen auf und stellt sehr anschaulich fest:

**„Die Städte, damit auch Koblenz, bringt die Feststellung nicht weiter, dass in 2015 das Finanzierungssaldo der Kommunen insgesamt positiv war.**

**Denn wenn ich eine Hand auf die Herdplatte lege und die andere in die Tiefkühltruhe halte, entsteht nur statistisch in der Mitte ein Gefühl des Wohlbefindens“** – Zitat Ende

Angesichts dieser Betrachtung im Bereich Soziales wollen wir auch die vielen positiven Ansätze nicht verschweigen und zeigen, dass es uns in allen Bereichen wichtig ist, unter schwierigen Bedingungen auch Akzente zu setzen. Es werden viele Dinge angepackt und erledigt dank einer guten Verwaltung, die aller Widrigkeiten zum Trotz vieles wieder leisten wird, auch Ihnen allen gebührt der Dank für diese Leistungen. Und wenn wir uns im Zahlenwerk die einzelnen Produkte anschauen, dann bleibt genug Platz für die Politik, sich das ein oder andere auf die Fahne schreiben zu dürfen. Dabei wollen wir überhaupt nicht den Eindruck entstehen lassen, dass uns die anderen Teilhaushalte nicht

interessieren, hier findet sich auch nach Lesart meiner Fraktion unsere Handschrift wieder. Aber fest steht, dass in keinem anderen Teilhaushalt die chronische Unterfinanzierung so signifikant ist, wie im Bereich „Soziales“

Wir sind sehr froh zu hören, dass die Städtebauförderung auch über 2017 hinaus stattfinden kann und wir die Möglichkeit haben, hier wichtige Impulse für unsere Stadt zu geben. Erweiterungen von Förderungen in der Altstadt, im Bereich der sozialen Stadt in Lützel und Neuendorf oder aber auch wichtige Zeichen, wie z. B. der Rad- und Gehwegausbau in der Beatusstraße, wo wir im Rahmen des KI 3.0 Programm zumindest die Planung in 2017 auf den Weg bringen konnten.

Die Laufbahn im Stadion Oberwerth wird saniert, die Conlog-Arena wird weiter auf Vordermann gebracht...und und und...

Die Innere Sicherheit findet sich z. B. in Form der Geschwindigkeitsüberwachungsanlage für Rübenach oder die wichtige Einrichtung der Rettungswache für die rechte Rheinseite wieder.

Schulbausanierung, Brücken und Straßen...die Vielfalt ist groß, was im Einzelnen noch zu bewältigen ist...und das ist gut so und wird auch für uns in 2017 aufmerksam und konstruktiv begleitet.

In Koblenz tut sich was – Koblenz wird sich auch weiter entwickeln.

Eine Gesamtaufgabe für den Rat dürfte dem Thema „Schaffung von bezahlbarem Wohnraum“ zukommen.

Hier teilen wir nicht Ihre Auffassung, Herr OB und die der Kolleginnen und Kollegen von SPD und GRÜNEN, dass man über Kontingentierung bei größeren Wohnprojekten ein entsprechendes Angebot für geringer verdienende Bevölkerungsgruppen generieren kann. Vielmehr müssen nach unserer Auffassung die Rahmenbedingungen geändert werden.

Hier ist die Landesregierung über die ISB gefordert, unsere Stadt entsprechend den Einstufungen von Trier und Mainz ebenfalls in Fördermietenstufen zu bringen, die die Attraktivität zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum stärken. Hier ist Koblenz in einer Fördermietstufe, die einen Mietpreis von 5,95 Euro zu Grunde legt, während Trier und Mainz hier mit 7,00 bzw. 7,25 Euro einen klaren Vorteil haben. Dies vor dem Hintergrund, dass schon allein aufgrund des soeben verabschiedeten Mietspiegels für Koblenz eine Attraktivität oder Umsetzung von bezahlbarem Wohnraum mit der dort genannten Durchschnittsmiete nicht realisieren lässt.

Zumindest konnten wir in einer weiteren Frage nach der Ausweisung von neuen Gebieten eine Bereitschaft erkennen, dass die bisherige Praxis „Innen vor Außen“ nicht mehr in Beton gegossen erscheint.

Hier wollen wir alle gemeinsam an einer Lösung arbeiten.

Eine Sache gilt es aber noch gesondert zu erwähnen...Das von uns allen gewünschte, zumindest artikulierte Vorhaben Hallenbad am Rauentaler Moselbogen entwickelt sich immer mehr zur Posse. Wir haben in den Etatberatungen hier die Maßnahme, die für 2018 erst eingeplant war vorgezogen um hier auch ein klares Zeichen zu setzen.

In der hinter uns liegenden Gemengelage lässt die Dauer des Verfahrens nunmehr die Frage zu...ob eine Herangehensweise ohne Zuschuss vom Land die Sache vereinfacht hätte. Viele avisierte Prüfungen in dieser Sache, vor allem der Grunderwerb, stellen unser aller Verständnis auf eine harte Probe.

Natürlich sind wir dankbar für die Unterstützung von Seiten des Landes.

Allerdings war mir nicht so bewusst, dass die vom Land avisierte Unterstützung für den Grunderwerb auf 5 Jahre gestreckt wurde.

Ich bin davon ausgegangen, dass Kaufpreise immer in einer Summe zu zahlen sind und dies habe ich auch für die gleichlautenden Zuschüsse für denselben so unterstellt. So werden wir auch in diesem Fall wieder vorfinanzieren, wenn es denn endlich soweit ist.

Aber auch die Gründung der Bäder GmbH lässt zumindest die Gedanken zu, diese Synergien aus dieser Gründung heraus zu nutzen. Wir wollen den Konzernumbau konstruktiv begleiten und stellen ohne detailliertere Ausführungen anheim zu prüfen, ob nicht eine Überführung aller Bäder der Stadt in dieselbe sinnvoll wäre, weil mit einem Gesamtdefizit von ca. 2 Mio. Euro bei einer Verortung in der GmbH dieser Betrag von der Stadtwerkeleistung abgezogen werden könnte mit der Folge, dass alleine auf diesem Wege fällige Steuern von 500.000,00 Euro gespart werden könnten ohne die anderen Effekte zu beleuchten. Wohlgemerkt...CASH

Herr OB, m D + H...

Seit der Einbringung des Hh und der sich anschließenden Diskussion hat sich uns bis zum heutigen Tage nicht erschlossen, weshalb die Verwaltung mit Ihnen an der Spitze Herr OB, eine Erhöhung der Realsteuern in vorauseilendem Gehorsam gegenüber der ADD eingeplant hat.

Dank unserer Hinweise bei der seriösen Berücksichtigung der Wertentwicklung unserer Töchter in der Bilanz, der Anpassung der Steuereinnahmen nach oben, Korrekturen bei z. B. Grundstückserlösen etc. , Bundesmittel für Integrationsmaßnahmen etc. waren schon relativ

früh die Argumente für eine Steuererhöhung vom Tisch. Also nicht ein negatives Jahresergebnis war der Grund, es muss nun eine andere Begründung dafür her.

Nehmen wir uns in diesem Zusammenhang einmal die avisierte Netto-Neuverschuldung vor...

Sie haben uns zu Recht immer wieder darauf hingewiesen, dass eine Netto-Neuverschuldung in Höhe von ca. 35 Mio. Euro hier in unserer Verantwortung liegt. Hierfür seien auch in Folge der Kreditfinanzierung entsprechende Zinsen zu zahlen.

Hierzu sagen wir Ihnen, und ich hätte nie geglaubt, einmal die ADD zitieren zu müssen und auf deren Handhabung zu vertrauen...

In der Haushaltsgenehmigung 2016 führt die ADD in Ihrer Begründung zu der auch in 2016 beantragten Netto-Neuverschuldung von ca. 33 Mio. Euro bei den Investitionskrediten...

***„ ...genehmige ich hiermit den unter § 2 der Hh-satzung der Stadt Koblenz für das Hh-jahr 2016 auf 33.080.395,00 Euro festgesetzten Gesamtbetrag der Investitionskredite in Höhe von 10 Mio. Euro unter der Maßgabe....“***

Weiter wird hierzu ausgeführt...

**„...zu dem danach verbleibenden Betrag von 23.080.395,00 Euro habe ich die Investitionskreditgenehmigung vorerst versagt, da unter Berücksichtigung der von Ihnen in den Vorjahren erzielten Inanspruchnahme-Quoten...zumindest insoweit nicht von einem im laufenden Haushaltsjahr kassenwirksamen Kreditfinanzierungsbedarf ausgegangen werden kann“ – Zitat-Ende**

Und wir müssen für 2016 feststellen...die ADD hatte mit dieser Einschätzung Recht. Wir wissen auch, dass die Etatisierung für viele Maßnahmen notwendig war, um hier mögliche Zuschuss Wege nicht von vorneherein auszuschließen. Dem können wir nunmehr durch die Fortschreibung in vielen Förderprogrammen etwas gelassener entgegenreten. Im Übrigen ist ein jährliches Investitionsvolumen von insgesamt 30 Mio. Euro für ein Haushaltsjahr schon mehr als ambitioniert.

Damit, Herr OB, wird sich nach unserer Auffassung auch die neuerliche Genehmigung für Investitionskredite in etwa gleicher Höhe nicht ändern. Dass die ADD in dieser Hinsicht ihre Lesart ändert, gilt als eher unwahrscheinlich.

Somit wird auch die von Ihnen eingebrachte und avisierte Netto-Neuverschuldung zu 2/3 von der ADD kassiert....CASH

Wir tun gut daran, auch unsere eigene Verwaltung mit einem Etat bei den Investitionen auszustatten, der den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch die Chance gibt, die gesteckten Ziele zu erreichen.

Wie wollen wir das erreichen? –

Wir wollen gemeinsam mit Ihnen und der Verwaltung einen Nachtragshaushalt in der ersten Jahreshälfte – Mai/Juni – diskutieren und auf den Weg bringen. Damit würden wir auch dem Instrument eines Nachtrages als Korrektur-/ und Steuerungselement gerecht. Hier könnten wir gerade im Investitionsbereich seriös aufarbeiten, was in 2017 machbar ist und was eben nicht. Lassen sie uns alle gemeinsam, Verwaltung und Rat diesen Weg gehen, um hier noch seriöser im Zahlenwerk zu agieren. Damit halten wir uns alle Optionen in 2017 offen...

Zusammenfassend dürfen wir bis hierhin festhalten:

- Millionen, die uns das Land aus Bundesmitteln vorenthält
- Von 2016 – 2018 fast 18 Mio. Euro! Nur im Sozialbereich
- Steuereinnahmen mehr als gedacht
- Kein Jahresfehlbetrag in der Ergebnisrechnung
- Positive Veränderung in der fortlaufenden Fehlbetragsrechnung
- Positive Eigenkapitalveränderung
- Geringere Netto-Neuverschuldung als gedacht, wenn überhaupt

...und das vor dem Hintergrund, dass das Land uns vorhält, wir würden unsere Einnahmen nicht ausschöpfen... Und die Antwort hierauf? - Hebesatzerhöhungen!

Der Vollständigkeit muss an dieser Stelle einmal den verwirrenden Leserbriefkampagnen der FDP entgegengetreten werden. Wir reden hier über den Haushalt 2017...Einnahmen und Ausgaben betreffend....den in diesem Hause gefassten Beschluss, dass die Verwaltung einen Vorschlag zur Einführung von flächendeckenden Ortsbeiräten erarbeiten soll, kann ich weder etwas Haushälterisches oder volksverdummendes abgewinnen. Im Übrigen kann man hier beipflichten...

**„ ...schlanke Verwaltung und bürgernahe Dienste sind kein Widerspruch....man muss sich einer umfangreichen Aufgabenkritik und einer Überprüfung von Anforderungen und Standards auf allen**

***Ebenen der Kommunalverwaltungen einsetzen“ – Zitatende....aus dem Wahlprogramm der FDP***

Darüber hinaus schadet ein Blick in die Gemeindeordnung hinsichtlich Aufgaben, Stellung der Ortsbeiräte und des Ortsvorstehers nicht...

Was hat das mit Hebesatzpolitik oder dem Haushalt heute zu tun!

Nichts – aber es wird geschrieben...

M D + H...

Es gibt aus unserer Sicht überhaupt keinen Grund, diejenigen erneut zur Kasse zu bitten, die für dieses tolle Ergebnis verantwortlich sind, die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt und die Gewerbebetriebe.

Unsere Antwort kann doch nicht bedeuten, Steuern zu erhöhen!

Das bekommen wir den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt nicht klar gemacht, angesichts dessen, wie mit uns von Seiten des Landes umgegangen wird. Das auch nur vor dem Hintergrund, dass das Land unser Ansprechpartner ist und wir den Bund hier nicht direkt in die Pflicht nehmen können....entscheidend eben ist, was unten ankommt!

Im Übrigen sind Solidaritätsbekundungen von den größten Gewerbesteuerzahlern pro Steuererhöhungen insofern nur begrenzt belastbar, als sie die anderen (1.800) Gewerbesteuerzahler in der Stadt nicht vertreten.

Diese Erkenntnis hat auch die IHK als eine Interessenvertretung, die sich zum Thema Steuererhöhungen geäußert hat. Und auch Ihr Erwidierungsschreiben in Richtung IHK hat lediglich Ihre Position, Herr OB, herausgestellt.

Und zu diesem Thema haben Sie bei Ihrer Etatrede 2016 selbst bemerkt:

***„ Außer bei der Festsetzung der Hebesätze ist unser Einfluss auf Steuereinnahmen gering“***

Im Kontext zum Wirtschaftsstandort Koblenz spielt die Höhe der Hebesätze sehr wohl eine entscheidende Bedeutung. Wollen wir unsere anderen Parameter in der Bedeutung des Wirtschaftsstandortes Koblenz mit weiteren Hebesatzerhöhungen belasten und/oder zukünftig neutralisieren?

Dabei haben unsere Recherchen ergeben, dass z. B. in anderen großen Städten (Trier, Mainz, Worms oder Ludwigshafen) die Gewerbesteuer nicht angepackt wird und das bei Defiziten und z. T. negativen Eigenkapital.

Zumindest in Trier hat dies den Vorteil, dass die zwischen Verabschiedung Haushalt und Genehmigung durch die ADD gerade mal 4 Wochen liegen...

Wir befinden uns in unmittelbarem Wettbewerb mit den umliegenden Gemeinden und Städten. Im statistischen Monatsheft RLP war zu lesen:

**„...die durchschnittlichen Hebesätze waren in den kreisfreien Städten bei der Grundsteuer B um 51%Punkte und bei der Gewerbesteuer um 43%Punkte höher, als in kreisangehörigen Städten“**

Bei den kreisfreien Städten im KEF bei 408%Punkten bei der Gewerbesteuer und bei der Grundsteuer B bei 415 %Punkten.

Für RLP haben wir einen Durchschnitt von 370,7 %Punkten bei der Gewerbesteuer. Zumindest ist statistisch bewiesen, dass die Städte und Gemeinden in RLP überproportional die Hebesätze schon angepasst haben in den letzten Jahren.

Wenn wir uns nur die benachbarten Kreise anschauen:

MYK = 365,4, wahrscheinlich nach unten korrigiert werden, da

Winningen z. B. die Steuern auf den Durchschnittssatz senkt (370)

NR = 365,00

Rhein-Hunsrück = 364,8

Rhein-Lahn = 373,3

WW = 365,2

Hier gilt es, die Hebesatzpolitik in einem vernünftigen Maß zu betreiben.

Sofern man versucht, strukturelle Defizite mit konjunkturellen

Maßnahmen zu bekämpfen, wird dies nicht zum gewünschten Erfolg

führen. – Zumindest in dieser Hinsicht waren sich die Gelehrten der

Böckler – Stiftung, Herr Vesper oder auch die bekannten Experten

Färber und Junkernheinrich von der Uni in Speyer grundsätzlich einig.

Her OB, Sie haben Recht, wenn Sie sagen, wir alle haben große Anstrengungen unternommen...- Ja, das haben wir Umso mehr wollen wir hier nochmals deutlich machen...

**„ Ob die in Rede stehende Novellierung des Länderfinanzausgleichs oder die Ankündigung weiterer Bundesmittel.....zu einer nachhaltigen Sanierung der Finanzen führen, werden wir beobachten – und uns im Zweifel auch an rechtlichen Schritten beteiligen, wenn das aussichtsreich erscheint.“** So in ihrer Einbringungsrede gesagt

Wir als CDU haben diese Beobachtungsphase mit dem von mir ausgeführten Szenario abgeschlossen und kommen zu dem Ergebnis, dass wir für die Stadtratssitzung im Februar 2017 einen entsprechenden Antrag in den Rat einbringen werden, wo genau dieser Weg gegangen werden soll. Es bleibt u. a. schon spannend ob der Frage, ob eine solche willkürlich geforderte Hebesatzpolitik, die eben nicht zu einer strukturellen Verbesserung der kommunalen Haushalte führt, nicht in das verfassungsmäßig verbriefte Recht der kommunalen Selbstverwaltung eingreift. Zumindest vertritt der RLP Städtetag diese Auffassung.

Dabei, Herr OB, m D + H, ist sehr schade, dass wir keine Möglichkeit haben, einen solchen Klageweg auch gegen den Bund anzustrengen. Das gehört der Vollständigkeit halber auch zur Wahrheit dazu.

Es ist schade, dass wir hier und heute diesen Hh-plan ablehnen müssen.

Es gibt aus unserer Sicht keinen Grund, vor der ADD in eine devote Haltung zu verfallen oder gar in eine Schockstarre.

Und das allseits gezückte Schwert der Versagung von den ungebundenen freiwilligen Leistungen kann für einen solchen Umgang, wie er mit der Stadt Koblenz geführt wird, ebenfalls nicht herhalten.

Ganz im Gegenteil, auch hier sagt das Urteil des VGH ganz klar, dass das Land eine gesetzliche Verpflichtung habe, auch für diese Aufgaben eine angemessene Finanzausstattung zur Verfügung zu stellen.

Bei den 2,2 Mio. Euro wäre hier vor allem die Kultur mit 1,3 Mio. Euro Hauptleidend und auch die vielen Vereine müssten auf die dringende Unterstützung verzichten...meint die ADD

Hier Herr OB, m D + H, werden wir uns mit der Lösung dieses Problems dann unterhalten, wenn es denn kommen würde, aber auch hier gibt es Lösungen...

Die CDU wird angesichts der geplanten Steuererhöhungen den Haushalt ablehnen. Ich schließe hier meine Ausführungen nicht, weil es nichts mehr zu sagen gäbe, aber die CDU weiß mit Sanktionierungen umzugehen, und wenn es bei der Redezeit der Etatrede ist.

Vielen Dank